

## 1317 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

# Bericht des Finanzausschusses

### über den Antrag 236/A der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Umsatzsteuergesetz 1972 geändert wird

Die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Rainer Pawkowicz und Genossen haben am 22. Oktober 1991 den gegenständlichen Initiativantrag im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Die Wiener Volkspartei plakatiert im Zuge des Wiener Wahlkampfes den Slogan: ‚Wir senken die Mieten um 10 Prozent. — Wohnen ohne Mehrwertsteuer.‘

Tatsächlich muß in den vergangenen Jahren in Wien eine zum Teil dramatische Erhöhung der Wohnungsmieten festgestellt werden.

Ein Wegfall der Umsatzsteuer auf Mietzinsen würde im Falle einer ‚echten‘ Umsatzsteuerbefreiung durchaus zu einer merklichen Senkung der Mieten führen.

Nachdem die ÖVP in den vergangenen Jahren viele ihrer Wahlversprechen nicht einhalten konnte, bietet der unterzeichnete Abgeordnete nunmehr der Volkspartei die Möglichkeit, mit ihrer Zustimmung zu diesem Antrag eine Idee bzw. ein Wahlversprechen ihrer Wiener Parteifreunde schon vor den Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen in die Tat umzusetzen und so zur Glaubwürdigkeit der ÖVP in Bund und Land beizutragen.

Der durch diese Maßnahme entstehende Einnahmenentfall könnte zum einen durch erhöhten Konsum und durch die damit verbundenen höheren Steuereinnahmen, zum anderen durch eine Kürzung der Ermessensausgaben des Bundes bedeckt werden.“

Der Finanzausschuß hat den vorliegenden Initiativantrag erstmals in seiner Sitzung am 6. Juli 1992 in Verhandlung genommen. Als Berichterstat-

ter für den Ausschuß fungierte Abgeordneter Mag. Erich Schreiner. Anlässlich dieser Sitzung hat der Ausschuß nach einer Debatte, an der sich die Abgeordneten Dipl.-Kfm. Dr. Otto Keimel, Mag. Helmut Peter, Dr. Ewald Nowotny und Dipl.-Kfm. Dr. Günter Stummvoll beteiligten, einstimmig den Beschluß gefaßt, den vorliegenden Initiativantrag dem bestehenden Unterausschuß des Finanzausschusses zur Vorbehandlung der Anträge 16/A (E) und 20/A zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Diesem Unterausschuß gehörten von der Sozialdemokratischen Parlamentsfraktion die Abgeordneten Dr. Kurt Heindl, Eleonore Hostasch, Dr. Ewald Nowotny, Herbert Schmidtmeier und Helmut Wolf, vom Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei die Abgeordneten Dipl.-Vw. Dr. Josef Lackner, Rudolf Schwarzböck sowie Dipl.-Kfm. Dr. Günter Stummvoll, vom Klub der Freiheitlichen Partei Österreichs die Abgeordneten Peter Rosenstingl und Mag. Erich Schreiner und vom Grünen Klub die Abgeordnete Mag. Dr. Madeleine Petrovic an. Obmann war Abgeordneter Dr. Ewald Nowotny, Obmannstellvertreter Dipl.-Kfm. Dr. Günter Stummvoll und Schriftführer Mag. Erich Schreiner gewählt.

Der Unterausschuß hat den Initiativantrag in seiner Sitzung am 4. November 1993 unter Beiziehung von Experten der Vorberatung unterzogen und konnte über den Initiativantrag kein Einvernehmen erzielen.

Der Finanzausschuß hat am selben Tag den Bericht des Unterausschusses, den der Abgeordnete Dr. Ewald Nowotny erstattete, entgegengenommen. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Andreas Wabl, Kurt Eder, Dipl.-Kfm. Dr. Günter Stummvoll, Mag. Erich

2

## 1317 der Beilagen

Schreiner, Mag. Dr. Josef Höchtl, Peter Rosenstingl, Dipl.-Kfm. Holger Bauer und Dipl.-Vw. Dr. Josef Lackner sowie der Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dr. Johannes Ditz.

Bei der Abstimmung fand der Initiativantrag nicht die Zustimmung der Ausschlußmehrheit.

Zum Berichterstatter für das Haus wurde Abgeordneter Josef Straßberger gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanzausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle den gegenständlichen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 1993 11 04

**Josef Straßberger**  
Berichterstatter

**Dr. Ewald Nowotny**  
Obmann